

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

01169/2017

Kein Extremismus in Schwerin

Beschlüsse:

18.09.2017	Stadtvertretung
029/StV/2017	29. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.

Es liegt folgender Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2017 vor:

neuer Betreff: „Extremismus in Schwerin“

Die Stadtvertretung möge zum oben genannten Tagesordnungspunkt bzw. zur oben genannten Drucksache statt des Textes der Antragsteller Folgendes beschließen:

„1.

Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin lehnt jede Form von Extremismus ab.

2.

Zugleich mahnt die Stadtvertretung an, auch in leidenschaftlichen Debatten auf Würde, Mäßigung und Anstand zu achten. Meinungsstreit ist für eine Demokratie wesentlich. Wer den Anderen nicht als einen politischen Konkurrenten auf Augenhöhe wahrnimmt, sondern diesen zum Feind erklärt und sich einer hassefüllten Sprache bedient, beschädigt die politische Kultur, die für unser Zusammenleben von großem Wert ist. Politisch motivierte Gewalt gegen Sachen und Personen verurteilt die Stadtvertretung aufs Schärfste.

3.

Mit Sorge nimmt die Stadtvertretung wahr, dass politischer Extremismus, religiös motivierter Extremismus, Rassismus und auch Antisemitismus in unserer Gesellschaft ein wachsendes Problem darstellen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu überprüfen, ob Vereine und Initiativen, die durch die Stadt gefördert werden, diesem Problem Vorschub leisten. Der Oberbürgermeister wird ferner beauftragt, in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung entsprechend zu informieren.“

2.

Das Mitglied der Stadtvertretung Herr Silvio Horn schlägt vor, die Betreffzeile mit dem Wort

„Kein Extremismus in Schwerin“ zu ergänzen.
Die Antragstellerin stimmt dem zu.

3.

Das Mitglied der Stadtvertretung Herr Sebastian Ehlers merkt an, dass neben dem Justizministerium eine größere Fläche mit Graffiti besprüht wurde, mit Karikaturen versehen, die die Polizei des Landes diskreditiert. Er bittet den Oberbürgermeister in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses um Information darüber, welche rechtlichen Vorgehensweisen möglich sind, um dagegen vorzugehen.

4.

Der Stadtpräsident stellt sodann den Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2017 zur Abstimmung.

Beschluss:

Betreff: Kein Extremismus in Schwerin

1.

Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin lehnt jede Form von Extremismus ab.

2.

Zugleich mahnt die Stadtvertretung an, auch in leidenschaftlichen Debatten auf Würde, Mäßigung und Anstand zu achten. Meinungsstreit ist für eine Demokratie wesentlich. Wer den Anderen nicht als einen politischen Konkurrenten auf Augenhöhe wahrnimmt, sondern diesen zum Feind erklärt und sich einer hassefüllten Sprache bedient, beschädigt die politische Kultur, die für unser Zusammenleben von großem Wert ist. Politisch motivierte Gewalt gegen Sachen und Personen verurteilt die Stadtvertretung aufs Schärfste.

3.

Mit Sorge nimmt die Stadtvertretung wahr, dass politischer Extremismus, religiös motivierter Extremismus, Rassismus und auch Antisemitismus in unserer Gesellschaft ein wachsendes Problem darstellen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu überprüfen, ob Vereine und Initiativen, die durch die Stadt gefördert werden, diesem Problem Vorschub leisten. Der Oberbürgermeister wird ferner beauftragt, in der nächsten Sitzung der Stadtvertretung entsprechend zu informieren.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung beschlossen